**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/5211**

19. 09. 89

Sachgebiet 7810

# Unterrichtung

## durch die Bundesregierung

## Bericht der Bundesregierung über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" hier: Rahmenplan 1990 bis 1993 und Sonderrahmenplan 1988 bis 1993

Die Bundesregierung legt diesen Bericht dem Deutschen Bundestag gemäß dessen Beschluß vom 3. Mai 1984 (Plenarprotokoll 10/69) vor. Der Deutsche Bundestag erhält damit Gelegenheit zur Stellungnahme, ehe sich die Bundesregierung mit den Ländern abstimmt und der Planungsausschuß für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) den neuen Rahmenplan beschließt.

### I. Wesentliche Änderungen im Rahmenplan 1989 bis 1992

1. Der PLANAK hat am 9. Dezember 1988 den Rahmenplan 1989 bis 1992 (17. Rahmenplan) beschlossen und dem Deutschen Bundestag (Drucksache 11/4330) zugeleitet.

2. Durch die Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 21. Juli 1988 sind der Ziel- und Aufgabenkatalog der Gemeinschaftsaufgabe erweitert und die Förderungsmaßnahmen den veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt worden. Die ökologischen Belange und der Tierschutz wurden in den Förderungsgrundsätzen noch stärker berücksichtigt. Außerdem ist die Ausgleichszulage, die bislang wie eine Maßnahme der Gemeinschaftsaufgabe behandelt wurde, zum Bestandteil der Gemeinschaftsaufgabe geworden. Die Zweckbindungsfristen in den Förderungsgrundsätzen wurden so gestaltet, daß sie die Inanspruchnahme der Maßnahmen zur Marktentlastung nicht behindern.

3. Bei folgenden Förderungsgrundsätzen wurden wesentliche Änderungen, Ergänzungen oder Anpassungen vorgenommen:

   a) *Flurbereinigung*

   Die Grundsätze zur Förderung der Flurbereinigung wurden überarbeitet. Sie dienen nicht mehr ausschließlich der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen, sondern wurden zu Grundsätzen zur Gestaltung des ländlichen Raumes weiterentwickelt, wobei Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes einbezogen werden können.

   b) *Einzelbetriebliche Investitionen*

   Die einzelbetriebliche Investitionsförderung (EFP und AKP) ist um die Förderung von Investitionen zur Direktvermarktung von selbsterzeugten land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und im Bereich von Freizeit und Erholung erweitert worden, allerdings beschränkt auf landwirtschaftliche Nebenbetriebe. Beide Maßnahmen tragen dazu bei, die Einkommensmöglichkeiten durch Einkommenskombination zu verbessern.

   In die Förderung wurden außerdem Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes aufgenommen, wenn sie im Zusammenhang mit anderen betrieblichen Investitionen erfolgen.

*Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 14. September 1989 gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 3. Mai 1984 — Drucksache 10/1250 — und vom 13. Juni 1985 — Drucksache 10/3271.*

Die Prosperitätsgrenze, bei deren Überschreiten eine Förderung entfällt, ist insbesondere im Blick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes von 65 000 DM auf 80 000 DM angehoben worden.

Ausgeschlossen wurden aus ökologischen Gründen die Förderung von Entwässerungsmaßnahmen bei Grünland, Ackerland und Ödland sowie der Tiefumbruch von Grünland und die Umwandlung von Grünland in Ackerland und von Ödland in landwirtschaftliche Nutzfläche.

c) *Benachteiligte Gebiete*

In benachteiligten Gebieten wurden in Anpassung an eine EG-Entscheidung Flächen, für die eine Zuwendung nach den Grundsätzen zur Förderung der Stillegung von Ackerflächen gewährt wird, von der Ausgleichszulage ausgeschlossen.

d) *Marktstruktur*

Aufgenommen wurde die Möglichkeit, Investitionen für Einrichtungen zur Herstellung von tiefgefrorenem Obst und Gemüse zu fördern.

e) *Wasserwirtschaft*

Die Förderung des Ausbaues von Fließgewässern wurde geändert; grundsätzlich darf nur noch gefördert werden, wenn naturnahe Ausbauverfahren angewendet werden.

f) *Forstwirtschaft*

Zusätzlich aufgenommen wurde die Förderung von Pflegemaßnahmen in Jungwüchsen aus Erstaufforstung.

g) *Anpassungshilfen für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer*

Der Kreis der Zuwendungsempfänger wurde erweitert, und zusätzliche sozial- und familienpolitische Komponenten wurden eingeführt.

## II. Änderungen im Sonderrahmenplan 1988 bis 1993

4. Die 1988 eingeführten Maßnahmen

— Stillegung von Ackerflächen

— endgültige Aufgabe von Rebflächen und

— Mutterkuhprämie

werden 1989 fortgesetzt. Während die Regelungen für die endgültige Aufgabe von Rebflächen unverändert geblieben sind, können die Länder bei der Stillegung von Ackerflächen die Zuwendungen bei Dauerbrache ab 1989 um 20% reduzieren. Die Mutterkuhprämie wird nach einer entsprechenden Änderung der EG-Vorschriften ab 1989 auch Nebenerwerbsbetrieben gewährt.

5. Neu eingeführt wurde 1989 die Maßnahme Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Sie ergänzt die marktentlastende Wirkung der Flächenstillegung. Gefördert wird die Extensivierung der Produktion von Überschußerzeugnissen. Voraussetzung ist nach der entsprechenden EG-Verordnung, daß der Flächenertrag über mindestens fünf Jahre um durchschnittlich mindestens 20% verringert wird. Als Überschußerzeugnisse gelten Erzeugnisse, für die es auf Gemeinschaftsebene systematisch keine normalen, nicht subventionierten Absatzmärkte gibt.

Zur Verringerung der Erzeugung sind zwei Methoden anwendbar: Die quantitative Methode sieht die mengenmäßige Reduzierung der tatsächlichen Erzeugung um mindestens 20% gegenüber der durchschnittlichen Jahreserzeugung innerhalb eines festgelegten Bezugszeitraumes vor. Bei der produktionstechnischen Methode wird die geforderte Verringerung der Erzeugung um mindestens 20% automatisch durch Umstellung der Erzeugung auf weniger intensive Produktionsweisen erreicht. Die produktionsmindernde Wirkung der einzelnen Produktionsverfahren ist vorab durch den Mitgliedstaat gegenüber der EG nachzuweisen. Es bleibt den Ländern überlassen, beide oder nur eine dieser Methoden anzuwenden. Außer bei Wein kann die Anwendung der quantitativen Methode bis zum 31. Dezember 1990 auf Pilotprojekte beschränkt werden.

6. Für die Umstellung der Erzeugung auf nicht überschüssige Produkte liegen noch keine Durchführungsvorschriften der EG vor.

## III. Vorschläge der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Förderungsgrundsätze für den Rahmenplan 1990 bis 1993

7. Die Förderungsgrundsätze des Rahmenplans werden von Bund und Ländern laufend überprüft. Aktuelle und absehbare Entwicklungen in der Agrarstruktur oder auf den Agrarmärkten sowie Erfahrungen der Länder bei der Durchführung der Maßnahmen u. a. erfordern von Zeit zu Zeit Anpassungen.

Auf EG-Ebene werden z. Z. die Vorschläge der EG-Kommission zur Anpassung der gemeinschaftlichen Agrarstrukturpolitik beraten. Die Ergebnisse werden vor allem die einzelbetriebliche Förderung und die Förderung im Marktstrukturbereich berühren; sie können jedoch voraussichtlich für den Rahmenplan 1990 bis 1993 nicht mehr berücksichtigt werden.

8. Die Bundesregierung beabsichtigt, bei den Verhandlungen mit den Ländern im wesentlichen folgende Ergänzungen und Änderungen des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe vorzuschlagen:

a) *Grundsätze für die Förderung der Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse*

Mit dieser neuen Maßnahme soll die Vermarktung zusammengefaßter Partien von alternativ erzeugten Produkten gefördert werden. Hier-

durch wird sowohl der gestiegenen Nachfrage auf der Verbraucherseite als auch dem wachsenden Angebot alternativ erzeugter Produkte Rechnung getragen. Ferner ergänzt sie die Maßnahmen zur Extensivierung der Produktion von Überschußerzeugnissen.

b) *Grundsätze für die Förderung durch eine Umstellungshilfe bei Umschulung von Landwirten*

Ziel dieser zusätzlichen Maßnahme ist es, Landwirten während der Teilnahme an einer beruflichen Umschulung in einen außerlandwirtschaftlichen Beruf durch die Gewährung einer Umstellungshilfe die Anpassung von Organisation und Produktionstechnik ihres Betriebes auf eine weniger arbeitsintensive Bewirtschaftungsweise zu unterstützen.

c) *Verbesserung der Förderung von Kooperationen*

Es ist vorgesehen, Kooperationen landwirtschaftlicher Betriebe im EFP und im AKP so zu stellen, daß sie die Förderungsmöglichkeiten der Effizienz-Verordnung der EG ausschöpfen können. Damit würde die Förderung von Kooperationen mit einer Produktionskapazität ermöglicht, die höchstens das Dreifache der Produktionskapazität förderungsfähiger Einzelbetriebe betragen kann. Im AKP soll auch den Nebenerwerbsbetrieben die Beteiligung an Kooperationen eröffnet werden.

d) *Differenziertere Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung*

Die Förderungsgrundsätze für die agrarstrukturelle Vorplanung sollen im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit vereinfacht und formal überarbeitet werden. Insbesondere sollen zeitlich schneller durchzuführende, auf besonders wichtige Aspekte und aktuelle Maßnahmen konzentrierte Gutachten ermöglicht werden, ohne deswegen auf eine Vorplanung zu verzichten, die den agrarstrukturellen Verhältnissen umfassend Rechnung trägt.

e) *Verbesserungen beim freiwilligen Landtausch*

Die Förderung des freiwilligen Landtausches soll wegen dessen Bedeutung für die Verbesserung und Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes und für die Vorbereitung, Erleichterung oder Ergänzung der neuen flächenbezogenen Maßnahmen ergänzt werden. Insbesondere soll durch die Möglichkeit der Förderung von Vorarbeiten die Zweckmäßigkeit des Landtauschverfahrens im Einzelfall festgestellt und erkennbar gemacht werden können.

f) *Vereinfachung der forstlichen Förderungsgrundsätze*

Die Förderungsgrundsätze für forstwirtschaftliche Maßnahmen sollen ebenfalls in gestraffter und vereinfachter Form aufgenommen werden.

## IV. Ausstattung der Rahmenpläne mit Finanzmitteln

9. Eine Übersicht über die Entwicklung der Mittelansätze von Beginn der Gemeinschaftsaufgabe an enthält Anlage 1. In Anlage 2 sind die Rahmenplanansätze (SOLL) der letzten Jahre nach Maßnahmengruppen geordnet den IST-Ausgaben gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, daß die in die Rahmenpläne eingestellten Mittel auch nahezu vollständig verwendet werden.

10. Im Haushaltsjahr 1989 sind zur Durchführung der Maßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe in den regulären Rahmenplan 1 525 Mio. DM und zur Durchführung der Maßnahmen zur Anpassung an die Marktentwicklung in den Sonderrahmenplan 200 Mio. DM eingestellt worden.

    Im Regierungsentwurf für den Haushalt 1990 und für die mittelfristige Finanzplanung sind einschließlich der Maßnahmen zur Marktanpassung folgende Mittelansätze vorgesehen:

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 |
|---|---|---|---|---|
| | — Mrd. DM — | | | |
| Rahmenplan | 1,525 | 1,525 | 1,525 | 1,525 |
| Sonderrahmenplan | 0,250 | 0,250 | 0,250 | 0,250 |
| Gemeinschaftsaufgabe | 1,775 | 1,775 | 1,775 | 1,775 |

    Die Länder haben für den regulären Rahmenplan 1990 bis 1993 einen Bedarf von 1 817 Mio. DM und damit rd. 18 Mio. DM mehr Bundesmittel als im Vorjahr angemeldet.

11. Nach dem Regierungsentwurf zum Haushalt 1990 steht für den Rahmenplan 1990 bis 1993 unter Berücksichtigung der Verpflichtungsermächtigungen von rd. 940 Mio. DM und den Kassenmitteln von rd. 761 Mio. DM ein Bewilligungsrahmen von rd. 1 701 Mio. DM Bundesmittel zur Verfügung.

12. Für den Sonderrahmenplan 1988 bis 1993 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 250 Mio. DM — jährlich fällig 250 Mio. DM — vorgesehen. Der PLANAK hat am 23. Juni 1988 und am 12. Mai 1989 folgende Verteilung der 250 Mio. DM auf die einzelnen Maßnahmen des Sonderrahmenplans beschlossen:

    - Flächenstillegung 184 Mio. DM
    - Aufgabe/Extensivierung von Rebflächen 15 Mio. DM
    - Extensivierung/Umstellung 47 Mio. DM
    - Mutterkuhprämie 4 Mio. DM

    Zusammen mit den Komplementärmitteln der Länder stehen für die Maßnahmen im Sonderrahmenplan insgesamt rd. 357,1 Mio. DM Bundes- und Landesmittel bereit. Bisher wurden davon rd. 140 Mio. DM Bundesmittel bzw. rd. 200 Mio. DM Gesamtmittel in Anspruch genommen.

**Anlage 1**

**Entwicklung der Mittelansätze**[1]

— Beträge in Mio. DM —

| Jahr | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **A. Mittelausstattung insgesamt** (Bundes- und Landesmittel) | 1 970,7 | 1 969,4 | 2 249,2 | 1 983,6 | 1 999,8 | 2 188,4 | 2 262,9 |
| **B. Bundesmittel** | | | | | | | |
| — Regierungsentwurf | 1 200,0 | 1 200,0 | 1 350,0 | 1 345,0 | 1 210,0 | 1 310,0 | 1 375,0 |
| — Haushaltsplan | 1 200,0 | 1 210,0 | 1 372,0 | 1 210,0 | 1 217,0 | 1 330,0 | 1 375,0 |
| — Rahmenplan | 1 200,0 | 1 200,0 | 1 372,0 | 1 210,0 | 1 217,0 | 1 330,0 | 1 375,0 |
| — Altverpflichtungen | | 241,1 | 468,9 | 539,4 | 606,8 | 702,0 | 728,0 |
| — in % vom Rahmenplan | | *20,1* | *34,2* | *44,6* | *49,9* | *52,8* | *53,0* |
| — Freie Kassenmittel | 1 200,0 | 958,9 | 903,1 | 670,6 | 610,2 | 628,0 | 647,0 |
| — in % vom Rahmenplan | *100,0* | *79,9* | *65,8* | *55,4* | *50,1* | *47,2* | *47,0* |
| — Mögliche Neubewilligungen aufgrund von VE | 900,0 | 900,0 | 1 029,0 | 907,5 | 912,7 | 997,5 | 1 031,3 |
| — Bewilligungsrahmen | 2 100,0 | 1 858,9 | 1 932,1 | 1 578,1 | 1 522,9 | 1 625,5 | 1 678,3 |

| Jahr | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **A. Mittelausstattung insgesamt** (Bundes- und Landesmittel) | 2 318,9 | 1 795,9 | 1 719,1 | 1 892,5 | 1 925,9 | 2 135,8 | 2 136,2 |
| **B. Bundesmittel** | | | | | | | |
| — Regierungsentwurf | 1 410,0 | 1 150,0 | 1 050,0 | 1 155,0 | 1 155,0 | 1 200,0 | 1 300,0 |
| — Haushaltsplan | 1 410,0 | 1 095,5 | 1 050,0 | 1 155,0 | 1 175,0 | 1 300,0 | 1 300,0 |
| — Rahmenplan | 1 410,0 | 1 095,5 | 1 050,0 | 1 155,0 | 1 175,0 | 1 300,0 | 1 300,0 |
| — Altverpflichtungen | 750,3 | 831,9 | 802,4 | 781,8 | 751,2 | 752,0 | 749,1 |
| — in % vom Rahmenplan | *53,2* | *75,9* | *76,4* | *67,7* | *63,9* | *57,9* | *57,6* |
| — Freie Kassenmittel | 659,7 | 263,6 | 247,6 | 373,2 | 423,8 | 548,0 | 550,9 |
| — in % vom Rahmenplan | *46,8* | *24,1* | *23,6* | *32,3* | *36,1* | *42,1* | *42,4* |
| — Mögliche Neubewilligungen aufgrund von VE | 1 057,5 | 821,6 | 787,5 | 866,3 | 881,2 | 900,0 | 900,0 |
| — Bewilligungsrahmen | 1 717,2 | 1 085,2 | 1 035,1 | 1 239,5 | 1 305,0 | 1 448,0 | 1 450,9 |

| Jahr | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 |
|---|---|---|---|---|
| **A. Mittelausstattung insgesamt** (Bundes- und Landesmittel) | 2 440,6 | 2 443,7 | 2 510,1 | |
| **B. Bundesmittel** | | | | |
| — Regierungsentwurf | 1 490,0 | 1 465,0 | 1 525,0 | 1 525,0 |
| — Haushaltsplan | 1 490,0 | 1 485,0 | 1 525,0 | |
| — Rahmenplan | 1 490,0 | 1 485,0 | 1 525,0 | |
| — Altverpflichtungen | 823,1 | 759,0 | 728,5 | 764,2[2] |
| — in % vom Rahmenplan | *55,2* | *51,1* | *47,7* | |
| — Freie Kassenmittel | 666,9 | 726,0 | 796,5 | |
| — in % vom Rahmenplan | *44,8* | *48,9* | 52,3 | |
| — Mögliche Neubewilligungen aufgrund von VE | 900,0 | 900,0 | 940,0 | 940,0 |
| — Bewilligungsrahmen | 1 566,9 | 1 626,0 | 1 736,5 | |

[1]) ohne Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) und Sonderrahmenplan
[2]) vorläufig

**Anlage 2**

## Vergleich der IST-Ausgaben mit den Rahmenplanansätzen nach Maßnahmengruppen

— Beträge in Mio. DM; Bundesmittel —

| Maßnahmengruppen | [1] | 1980 | | 1982 | | 1988 | | 1989 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | absolut | b) in % von a) | absolut | b) in % von a) | absolut | b) in % von a) | absolut | b) in % von a) |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| **A. Rahmenplan** | | | | | | | | | |
| 1/2 Agrarstrukturelle Vorplanung/Flurbereinigung | a) | 337,1 | *100* | 261,6 | *100* | 236,4 | *100* | 235,8 | *100* |
| | b) | 340,9 | *101* | 281,7 | *108* | 244,4 | *103* | | |
| 3 Dorferneuerung | a) | | | | | 48,4 | *100* | 49,3 | *100* |
| | b) | | | | | 49,4 | *102* | | |
| 4 Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen | a) | 401,9 | *100* | 313,0 | *100* | 662,7 | *100* | 689,8 | *100* |
| | b) | 378,4 | *94* | 289,4 | *92* | 651,6 | *98* | | |
| darunter — Ausgleichszulage | a) | 69,2 | *100* | 61,9 | *100* | 444,8 | *100* | 452,9 | *100* |
| | b) | 58,2 | *84* | 63,2 | *102* | 425,3 | *96* | | |
| — Agrarkredit-programm | a) | | | | | 19,6 | *100* | 20,8 | *100* |
| | b) | | | | | 17,8 | *91* | | |
| 5 Marktstruktur-verbesserung | a) | 47,0 | *100* | 31,0 | *100* | 45,7 | *100* | 53,1 | *100* |
| | b) | 43,7 | *93* | 26,6 | *86* | 37,1 | *81* | | |
| 6 Wasserwirtschaft | a) | 434,5 | *100* | 272,5 | *100* | 267,2 | *100* | 274,9 | *100* |
| | b) | 426,2 | *98* | 266,8 | *98* | 274,2 | *103* | | |
| 7 Forstliche Maßnahmen | a) | 28,5 | *100* | 23,9 | *100* | 70,6 | *100* | 68,9 | *100* |
| | b) | 28,0 | *98* | 22,5 | *94* | 74,2 | *105* | | |
| darunter — aufgrund neuartiger Waldschäden | a) | | | | | 40,0 | *100* | 33,2 | *100* |
| | b) | | | | | 45,0 | *112* | | |
| 8 Weitere Maßnahmen | a) | 30,3 | *100* | 18,2 | *100* | 22,6 | *100* | 20,5 | *100* |
| | b) | 29,6 | *98* | 18,0 | *99* | 20,8 | *92* | | |
| 9 Küstenschutz | a) | 130,7 | *100* | 129,8 | *100* | 131,5 | *100* | 132,7 | *100* |
| | b) | 131,2 | *100* | 132,0 | *102* | 131,8 | *100* | | |
| Summe Rahmenplan | a) | 1 410,0 | *100* | 1 050,0 | *100* | 1 485,0 | *100* | 1 525,0 | *100* |
| | b) | 1 378,0 | *98* | 1 036,9 | *99* | 1 484,0 | *100* | | |
| | c) | 1 618,5 | *115* | 1 525,2 | *145* | 1 799,6 | *121* | | |
| **B. Sonderrahmenplan** | | | | | | | | | |
| — Still. v. Ackerfl. | a) | | | | | | | 184,0 | |
| — Aufg. Rebflächen | a) | | | | | | | 15,0 | |
| — Mutterkuhprämie | a) | | | | | | | 1,0 | |
| — Extensivierung | a) | | | | | | | — | |
| — Umstellung | a) | | | | | | | — | |
| Sum. Sonderrahmenplan | | | | | | | | 200,0 | |
| Summe GAK insgesamt | a) | 1 410,0 | | 1 050,0 | | 1 485,0 | | 1 725,0 | |

[1]) a) Rahmenplanansatz; b) IST-Ausgaben; c) Länderanmeldung



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333